

mal wöch. Bezugspreis: monatlich 2.—, einjähr. 20.—, halbjährlich 11.—, Vierteljährlich 6.—, Einzel-Nr. 10 Pf., Sonntags-Nr. 15 Pf. Anzeigenpreise: Die 1. gesp. Zeile 30 Pf., Stellenangebote 20 Pf., Die Restzeilen je 10 Pf., bei Beendigung durch die Post außerdem Portozuschlag. Geschäftslicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Völkischer Beobachter

Dienstag, 12. Januar
abends 8 Uhr im großen Saal der Kaufmannschaft

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undentl. u. dem Fernauf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingelangte und mit Rückporto zu versehenen Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags. Hauptverleger: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Saganer-Verlagsdruckerei G.m.b.H., Dresden-N. 16, Goldschmidtstraße 44. Telefon 3722. Postfach Dresden 14797. Distribution: Gassen & Pfeilsch, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Völkischen Zeitung
Dresden-N. 16, Goldschmidtstraße 44, Telefon 3722
und 3727.

Die Tagung des Zentrums

Die gestrige Tagung der Zentrumsvorstände hat mit ihrer Entschliessung rein äußerlich nichts Neues zutage gefördert. Die Versammlung zog einfach aus der drückenden wirtschaftlichen Not des gesamten Volkes die bekannte Konsequenz, daß zur Überwindung dieser Notlage eine Regierung auf breiter Basis unbedingt erforderlich sei. Und eine solche Regierung sei die Große Koalition. Im übrigen aber beschränkte man sich darauf, die notwendige Verantwortlichkeit der Parteien in den Vordergrund zu rücken, und die Unvernunft jener zu brandmarken, die in dieser Zeit ihre Partei höher als das Vaterland stellen. Man warnt vor einer Staatskrise.

Hinter den Kulissen der Zentrumsversammlung ist natürlich noch etwas mehr vor sich gegangen, als in der offiziellen Erklärung zum Ausdruck kommt. Man hat selbstverständlich auch über andere Dinge geredet, die dann eintreten, wenn die Große Koalition doch wiederum scheitert. Daß man über diese Möglichkeiten in der Entschliessung nichts verlauten läßt, mag seine Gründe haben, das Publikum erwartete jedenfalls, daß auch darüber etwas gesagt werde.

Es wird heute immer noch mancher fragen, warum das Zentrum im Verein mit den Demokraten die Bemühungen um die Große Koalition trotz des Scheiterns im Dezember fortsetze. Wir haben damals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Bemühungen nur dann gerechtfertigt seien, wenn das Zentrum ganz bestimmte Anhaltspunkte habe, daß doch noch eine Verständigung mit den Sozialdemokraten möglich sei. Ohne diesen bestimmten Anhalt wäre das Verfahren der Partei nicht zu verantworten. Es wäre eine nutzlose Vergeudung der Zeit. Wir müssen gegenwärtig noch abwarten, ob das Zentrum wirklich triftige Gründe für seine Handlungsweise gehabt hat. Möglich wäre es allerdings, daß die Zentrumsparlei sich lediglich von jenem anderen Gedanken leiten ließ: die Sozialdemokraten nach dem Scheitern der Großen Koalition im Dezember nicht durch eine allzu schnelle scharfe Entschliessung noch weiter nach links zu drängen, so daß die Radikalisierung der Massen noch weiter um sich greife. Diesen Gedanken konnte in der Tat die Zentrumsfraktion haben, als sie sich zu erneuten Verhandlungen mit links entschloß. Es ist nämlich noch nicht abzusehen, wie sich die Verhältnisse gestalten werden, wenn das Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter so rapide weiter steigt, wie es in den letzten Wochen der Fall gewesen ist. Welche Gefahr daraus entstehen kann, wenn Millionen Unzufriedener und dazu noch von bestimmten Gruppen Verhexten in einem Lande vorhanden sind, das haben wir zur Genüge erfahren. Eine dumpfe, schwüle Luft lagert über Deutschland und viele warten bereits ängstlich auf irgendeine Explosion. Man soll die Gefahren nie zu schwarz sehen, aber man darf Realitäten doch nicht außer acht lassen. Fest steht jedenfalls, daß die Sozialdemokratie, wenn sie nicht in der Regierung sitzt, ungezügelt im Lande die Leidenschaft der Masse aufspitzen kann. Sie würde sich da gar keine Einschränkung auferlegen und immer nur darauf bedacht sein, den Bestand der Partei und die Diktatur der Straße zu sichern.

Diese Radikalisierung durch ein allzu schnelles und vielleicht schroff erscheinendes Vorgehen zu vermeiden, hat wohl bestimmt dem Gedankengang der Zentrumsfraktion bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Sozialdemokraten zugrunde gelegen. Wir können das gelten lassen. Trotzdem wir bis zur Stunde noch nicht davon überzeugt sind, daß die Sozialdemokratie, nachdem sie so liebevoll behandelt worden ist, morgen in ihrer entscheidenden Sitzung die Konsequenzen ziehen und die Große Koalition mit bilden helfen werde. Was aber dann?

Vor allem gibt es dann kein Zögern mehr, unverzüglich die Regierungsbildung auf einer anderen Basis als der Großen Koalition vor sich zu nehmen. Und das wird ein sog. Minderheitskabinett (Volkspartei, Zentrum und Demokraten) sein. Vielleicht aber könnte dann gerade ein Erfolg der Bemühungen des Zentrums darin zu finden sein, daß sich die Sozialdemokratie wenigstens diesem neuen Kabinett gegenüber neutral verhielte, d. h. keine unbedingte Opposition einnähme. Ob sich daraus dann im Laufe der nächsten Zeit doch noch die Große Koalition entwickelt, wäre wiederum zwar sehr wünschenswert, aber dennoch „eine Sache für sich“. Auf jeden Fall hat das Zentrum in der gestrigen Sitzung sich völlig freie Hand vorbehalten und die Entschliessung ganz auf einen dringlichen letzten Appell an die Sozialdemokratie eingestellt. Auch diese Entschliessung ist nochmal ein Zeichen überaus vorsichtiger Behandlung der Sozialdemokraten. Nur nicht vorzeitig vor den Kopf stoßen.

Man kann da auch anderer Meinung sein, daß man nämlich durch Drohungen mehr als durch Milde bei der Linken erreiche. Doch darüber zu streiten ist müßig. Lehnen allerdings morgen die Sozialdemokraten vollständig ab, um einfach in die Opposition zu gehen, dann kann es keine Vertuschung der Sachlage mehr geben, und es muß eine große Aufklärungsarbeit der regierungstüchtigen Parteien und Presse eintreten, damit die Masse erfährt, wo die eigentlichen Schuldlinge des Volkswohls liegen. Das ist aber naturgemäß nicht mit einer reinen Polemik schlechtthin getan, sondern letzten Endes nur in einer die Probleme der Zeit objektiv darlegenden Art und Weise.

Es ist eine Eigentümlichkeit radikaler Rechts- und Links-Elemente, daß sie in Unvernunft und Kurzsicht sich gegenseitig immer in die Hand spielen. Als die Nationalen aus der Regierung austraten, hatten die Sozialdemokraten Oberwasser und konnten von der Unverantwortlichkeit der Rechten reden, heute sind die Sozialdemokraten auf dem besten Wege, erneut den Ball der Rechten zuzuworfen. Denn das ist klar: Versagt die Sozialdemokratie, so wird man auf der rechten Seite von neuem mit gefährlichen Segeln fahren. Wir befinden uns von rechts wie von links in gleichen Abständen, aber wir haben trotz der prinzipiellen Unterschiede nach beiden Seiten hin versucht, die Extreme zur einzig fruchtbringenden Politik der Mitte herüberzuziehen. Und das wird immer das Ziel einer konstanten Politik sein müssen. Wenn heute beide Extreme in dem Sinne versagen, daß sie die Mitverantwortung in der Regierung ablehnen, so müssen die Mittelparteien im Augenblick die Regierung allein bilden und sich wenigstens die Duldung dieser Regierung auf der Seite sichern, wo sie möglich ist.

Aus Berlin wird uns mitgeteilt:

Am Sonntag vormittag versammelten sich im Fraktionszimmer des Zentrums des Reichstages die Mitglieder des Reichsparteivorstandes zusammen mit den Mitgliedern des Vorstandes der Zentrumsfraktionen des Reichstages und Preussischen Landtages. Dem Ruf waren außerordentlich viele Vertreter gefolgt. Aus allen Teilen des Reiches, namentlich auch aus den großen süddeutschen Ländern, insbesondere aus Baden, aber auch aus Württemberg, ferner aus dem Rheinland, aus Schlesien, Westfalen, Mitteldeutschland und auch aus der Diaspora waren die Mitglieder des Reichsparteivorstandes zahlreich vertreten. Mit den Mitgliedern der Fraktionsvorstände waren die Vorsitzenden und zwar Reichsanwalt a. D. Fehrenbach für die Reichspartei und Geheimrat Dr. Borsch für die Landtagsfraktion des Zentrums zugegen. Auch Reichsminister Dr. Brauns wohnte als Mitglied des Fraktions-

vorstandes den Verhandlungen bei, wie der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder für die preussische Landtagsfraktion. Aus dem Lande bemerkte man insbesondere den Finanzminister Röhler aus Baden, sowie den Führer der badischen Zentrumsparlei Prälaten Schöfer. Die Führer der einzelnen Gaue waren fast sämtlich zugegen, u. a. für die rheinische Zentrumsparlei Justizrat Münnig, ferner Landesökonomierat Herold und andere. Die Aussprache über die politische Lage nahm viele Stunden in Anspruch. Sie wurde eingeleitet mit einem Bericht des Reichsanwalts a. D. Marg. An der Debatte nahmen u. a. auch Reichsminister Dr. Brauns und Ministerpräsident Stegerwald sowie Reichsanwalt a. D. Wirth teil, letzterer wohnte den Verhandlungen in vollem Umfang bei. Seine Ausführungen, die er über die demnächstigen politischen Möglichkeiten machte, fanden eine besondere Aufmerksamkeit. Wirth plaidierte naturgemäß der Linie der Partei entsprechend für die Große Koalition, aber auch er war sich klar darüber, daß, falls diese nicht zu erreichen ist, eine Übergangslösung etwa im Sinne der Schaffung einer Koalition der Mitte, verlust werden müsse. Aus der ganzen Debatte ergab sich die einheitliche Meinung der leitenden Instanzen der Zentrumsparlei, daß die Zusammenfassung aller positiven Kräfte in einer möglichst großen Koalition nach wie vor das Ziel der Zentrumsparlei ist, das zu erreichen mit allen tauglichen Mitteln zum wirtschaftlichen und politischen Nutzen unseres Volkes und Landes angestrebt werden müsse.

Die Verhandlungen waren des weiteren getragen von dem einheitlichen Willen, die Zentrumsparlei zu stärken und zu festigen und der Partei die ihr gebührende Position im politischen und parlamentarischen Leben zu verschaffen. Es wurde am Schluß der Tagung folgende offizielle Erklärung herausgegeben.

Am 10. Januar tagten im Reichstags-Gebäude der Vorstand der Deutschen Zentrumsparlei und die Vorstände der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages. In den Berichten aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, fand die ungeheure von Tag zu Tag steigende wirtschaftliche Not weiterer Volkskategorien einen erschütternden Ausdruck. Daraus zog die Versammlung die Folgerung, daß zur Überwindung dieser Notlage nur eine Regierung auf breiterer Grundlage denkbar sein könne, das ist die Große Koalition. Der Verantwortung zur Bildung einer solchen Regierung kann sich keine Partei entziehen, der es ernst ist mit der Fortführung einer zureichenden, friedlichen Außenpolitik und der Aufrechterhaltung unserer Verfassung, der Gesundung der Wirtschaft und der Linderung der sozialen Notstände. Unverantwortlich wäre es, und für eine Verfassungskonsequenz unerträglich, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise noch eine Staatskrise heranzubringen zu lassen. Sie würde zur völligen Verelendung unseres Volkes, insbesondere der Arbeitermassen führen. Die Versammlung erwartet daher von der Zentrumsfraktion des Reichstages, daß sie alle Entschlossenheit und alle politischen Mittel anbietet, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Das Ende des „Genfer Skandals“

Ein Skandal, von dem nichts übrig bleibt — Die Erklärungen im Auswärtigen Ausschuss

Berlin, 11. Januar.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages hat am Sonnabend, wie bereits gemeldet, die aufklärende Aussprache über die Sekretariatsfrage im Völkerbund stattgefunden. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann suchte in der ausführlichen Erklärung, die er zu Beginn der Sitzung abgab, dort, was kein Beamter des Auswärtigen Amtes irgendwelche persönliche Politik in dieser Frage getrieben habe und daß auch von niemandem eine Aufforderung an den deutschen Generalkonsul in Genf ergangen sei. Irrendwelsche Vorschläge habe die Reichsregierung bisher noch nicht gemacht, weil ihr bisher noch nicht bekannt sei, welche Stellen im Völkerbunde für Deutschland freistehen. Das Auswärtige Amt habe lediglich ein Schema dessen ausgearbeitet, was wir etwa verlangen wollen, um nicht gegenüber anderen Nationen ins Hintertreffen zu kommen. Schließlich bemerkte der Außenminister, daß die Stellungnahme des Berliner Blattes der Deutschen Volkspartei, der „Täglichen Rundschau“ in dieser Frage von ihm nicht beeinflusst worden sei.

Hg. Stampfer (Soz.) bedauert, daß der Reichsaussenminister nicht sofort von der „Täglichen Rundschau“ nach dem Erscheinen der Artikel über die Genfer Angelegenheit abgerückt sei. Der Reichsaussenminister hätte voraus sehen müssen, daß eine Schädigung deutscher Interessen aus dem Skandal entstehen würde. Der Reichsaussenminister habe wiederholt von „unerhörten Verdächtigungen der sozialdemokratischen Presse“ gesprochen; gegen die Verlogenheit der Rechtspreffe habe er dasselbe Wort nicht gefunden. Der ganze Genfer Skandal sei ein Glied in der endlosen Kette von Verleumdungen, gegen die republikanischen Parteien.

Hg. Marg (Ztr.)

gab seinem Bedauern über den stillosen Niedergang Ausdruck, der sich in einer derart schmutzigen und schamlosen Presseheize offenbare, wie einige Rechtsblätter sie anzuwenden belieben. Er

Marg habe seine Vorschläge über die Befehung gewisser Posten in der Völkerbundsverwaltung lediglich in einem ganz privaten Brief und nicht namens seiner Partei gemacht. Er habe die Vorschläge nur deshalb gemacht, weil er von privater Seite ausdrücklich dazu aufgefordert worden sei; er habe das Schreiben auch gar nicht an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet. Uebrigens habe er sozialer Weise dem Auswärtigen Amt sofort die Namen der vorgeschlagenen Persönlichkeiten mitgeteilt. Er habe geglaubt, zu seinem Vorgehen ein Recht zu haben, nicht nur, weil jeder als treuer Staatsbürger die Pflicht habe, dafür zu sorgen, daß auch in die Stellen des Völkerbundssekretariats Beamte einzögen, die fest auf dem Boden der modernen Staatsform ständen. Weiterhin sei er zu diesen Schritten berechtigt gewesen, weil die Zentrumsparlei mit aller Entschiedenheit für sich in Anspruch nähme, bei den Beamtenstellen der verschiedensten Art, namentlich auch in den Ministerien, in gerechter Weise vertreten zu sein. Er könne feststellen, daß man im Auslande vielfach Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht habe, daß die Zentrumsparlei zwar eine Anzahl von Ministern und drei Reichsanwälte dem Reich zur Verfügung gestellt habe, aber in den Reichsministerien, wenn überhaupt, dann nur zu einem unverhältnismäßigen Anteil vertreten sei. Die Partei sei entschlossen, sich diesen Zustand nicht weiter gefallen zu lassen. Auch dieser Gesichtspunkt habe ihr zu seinem Schritt veranlaßt. Er vermahnte sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man diese Vorgehen als Stellenjägerlei bezelchne. Ihm sei nichts davon bekannt, daß sein Vorgehen irgendwelche Beunruhigung in Genf hervorgerufen werde; im Gegenteil, er glaube, daß seine Angaben in Genf entgegengekommen worden seien.

Abg. Koch (Dem.) bezeichnet die Angelegenheit als ein Musterbeispiel für die Inflationierung eines leider bisher erfolgreichen Verleumdungsbezuges.

Abg. Dr. Böhm (Zem.) wies darauf hin, daß der Generalsekretär des Völkerbundes Stellen in der Völkerbundbürokratie nur mit Zustimmung des Völkerbundesrates besetzen dürfe.

Nach dem Abschluß der Aussprache wurde folgender Antrag angenommen:

Der Auswärtige Ausschuh stellt fest: Für die Behauptung, die Sozialdemokratische Partei oder führende Parteimitglieder hätten auf das Völkerbundsekretariat mittelbar oder unmittelbar einzuwirken versucht, damit Angehörige der Partei zu Mitgliedern des Sekretariats ausgewählt würden, fehlt jede tatsächliche Unterlage.

Weiterhin wurde ein Antrag der deutschen Volkspartei angenommen, der feststellt, daß keinerlei Tatsachen bekannt geworden sind, aus denen sich der Vorwurf irgendeines unehrenhaften Verhaltens gegen den Generalkonsul Schmann oder einen anderen Beamten des Auswärtigen Amtes herleiten ließe.

Der große „Skandal“, den der deutschnationale „Tag“ ausgerechnet am Heiligen Abend seinen Lesern vorzuführen beliebte, hat also den gleichen Ausgang genommen, wie so manche andere von der Rechtspreffe erkundene Affäre.

Ein Blick in die Auslandspresse zeigt, daß nicht die Rede davon sein kann, das Vorgehen des Abgeordneten Marx habe Beunruhigung in Genuß herbeigeführt.

Rechtsauschuh und Fürstenabfindung

Dr. Everling bleibt im Ausschuh. — Sachen ohne Interesse an reichsgeschichtlicher Regelung. — Die merkwürdigen Ansprüche in Medienburg-Strelitz.

Berlin, 11. Januar.

Im Rechtsauschuh des Reichstages wurde die Beratung über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenthümern am Sonnabend fortgesetzt.

Der thüringische Finanzminister Klüßner erfuhr dann in seinem Bericht, in dem er einen Überblick über die Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Fürstenthümern gab.

Ein Vertreter des Freistaates Sachsen verlor dann eine Mitteilung, die darauf hinwies, daß in Sachsen die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Königshaus durch das Gesetz vom 11. Juli 1924 endgültig erledigt ist.

Von den Kommunisten war inzwischen zum Fall Everling ein Antrag eingegangen, nach dem ein Abgeordneter, der als Parteimitglied in einer Reichsliste wahrnimmt, die durch die Beratung berührt wird, von der Teilnahme an den Beratungen des Ausschuhes ausgeschlossen wird.

Der Ausschuh legt seine Beratungen am Dienstag fort mit dem Bericht über die Auseinandersetzung in Medienburg-Strelitz. — Dieser Fall liegt, wie bereits kurz berichtet, besonders eigenartig, da hier nicht nur für die Mitglieder des ehemaligen Fürstenthums, sondern auch für die ehemaligen Mätressen des letzten Großherzogs Ansprüche erhoben

Die Haltung der Sozialisten

Der Kongreß in Paris

Paris, 11. Januar. Der außerordentliche Sozialistenkongreß wurde gestern vormittag in Anwesenheit von 2800 Delegierten eröffnet.

Nach einer vorläufigen Schätzung werden sich 1700 Abgeordnete des Sozialistenkongresses gegen und 1300 für die Teilnahme an der Regierung aussprechen.

werden. Die eine dieser Damen, die Comtesse de Wagnau, verlangt eine jährliche Pension von 20 000 Mark auf Grund eines Briefes des Großherzogs, den das Landgericht als gültiges Testament anerkannt hat.

In Frankfurt a. M. sprach gestern in einer von dem Reichsbanner, dem Republikanischen Reichsbund und den drei republikanischen Parteien nach dem Schumanntheater einberufenen Versammlung der Reichstagsopferpräsident Lübe zur Fürstenabfindung.

Ein neues Bombenflugzeug

Im Zeichen der „Abrüstung“.

In England wird demnächst ein neues Modell eines Bombenflugzeuges in die Armeeeingestellt. Der Apparat ist ein Zweibecker von mittlerer Größe mit einem Motor von 650 Pferdestärken ausgerüstet und kann bei voller Bombenladung bis auf 4450 Meter steigen.

Ibn Saud, König von Hedhas

London, 11. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Dschidda: Am Freitag hat die öffentliche Versammlung von Hedhas Ibn Saud zum König von Hedhas ausgerufen.

Eisenbahnüberfall in Mexiko

Mexiko, 11. Jan. Nach Privatmeldungen aus Guadaluajara überfiel 20 bewaffnete und vermurdete Räuber einen Personenzug zwischen Guadaluajara und Mexiko.

Hoffeins Bankier

Die Veröffentlichungen über die Bankpekulationen des Baron v. Hoffeins, des unter Capryvi und Hohenzollern allmächtigen Mannes im Auswärtigen Amt, haben vor kurzem großes Aufsehen erregt.

Weiter weiß das Blatt mitzuteilen, daß Herr v. Schwabach, der Chef des Hauses Reichardt und seit 1908 Aufsichtsratsvorsitzender des Hoffeins Telegraphenbüros ist, im Falle der Erinnerungen Hoffeins, bisher aber alle amtlichen Erjuden um Entschuldigung sowie Verlassangebote abgelehnt habe

Die Berliner Verhandlungen

Wie stellt sich die Sozialdemokratie?

Berlin, 11. Januar.

Der Reichspräsident hat in der Frage der Regierungsbildung sich entschlossen, die bevorstehenden Präfektionsbeschlüsse abzuwarten, bevor er eine bestimmte Verfassung mit der Bildung des Kabinetts betraut.

Wie die „Montagspost“ wissen will, werde der demokratische Führer Abg. Dr. Koch dem Reichspräsidenten in der heutigen Unterredung mitteilen, daß die Demokraten nach wie vor nur eine Reichsregierung auf der Grundlage der Großen Koalition für möglich hielten.

Ein iparjamer Staatshaushall

Dresden, 11. Januar. Im Finanzministerium fand heute mittig eine Pressekonferenz statt, in der Finanzminister Dr. Reinhold Erläuterungen über den Haushalt für 1926/27 machte, der in den nächsten Tagen bereits dem Landtage zugehen wird.

Blutiger Abschuh eines Fußballspiels

Köln, 11. Januar. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ aus Düsseldorf erfährt, kam es bei dem gelirigen Fußballspiel Rafter Spielverein gegen Helios Düsseldorf wegen einer Anordnung des Schiedsrichters zu Streitigkeiten.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich. Der Beginn der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ist nunmehr auf den 14. Januar festgesetzt.

Keine Oberammergauer Passionsspiele 1927. Die „München-Kugob. Abendztg.“ weiß mitzuteilen, daß die von einem hiesigen Blatte am Sonnabend getragene Nachricht, daß bereits im nächsten Jahre wieder die Passionsspiele aufgeführt würden, nicht zutrefte.

Kardinal Mercier's Gesundheitszustand gebessert. Kardinal Mercier, dessen Gesundheitszustand eine merkliche Besserung aufzuweisen hat, hat heute den Besuch des Königs und des päpstlichen Nuntius empfangen.

Eine neue Jugendherberge im Sillchen Erzgebirge

Kürzlich wurde die neue Jugendherberge im Mottelgrund bei Sargba im Erzgebirge, von der Chemnitzer Ortsgruppe für Deutsche Jugendherbergen geschaffen, der Vermählung übergeben.

Dresdner Schlachtliehmarkt

Dresden, 11. Januar. Auftrieb: 188 Ochsen, 238 Küllen, 325 Kälber, 680 Kälber, 598 Schafe, 2158 Schweine.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwart

Witterungsausshau: Wetterwind bewölkt, Hochland Regenfrei, Gebirge anhaltend Frost. Schwache bis mäßige Brise aus nordwestlicher Richtung. Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Der untere Witterungscharakter dürfte sich in den nächsten Tagen erholen.

Dresden

Neue Welterkunde

Die verhängnisvollen "Wölfe" sind längst vorüber. Aber Tag war es trocken noch lange nicht geworden. Wir sind im wahrsten Sinne des Wortes in das neue Jahr "hineingedrämert". Schnee wird nur als "Spitzenleistung" von 300 Meter aufwärts geliefert.

Ueber 25000 Erwerbslose in Dresden

Dresden, 11. Januar. Die Arbeitsmarktlage hat nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises Dresden und Umgebung in der Zeit vom 2. bis 8. d. M. sich weiter erheblich verschlechtert. Die Zahl der als voll erwerbslos gemeldeten Arbeitssuchenden erhöhte sich um 2100 auf 25 600.

! Inventur- und Saisonverkäufe. Nach einer Verordnung der Reichshauptmannschaft Dresden vom 18. Dezember 1914 dürfen Inventurverkäufe nur einmal, Saisonverkäufe, die in den Angelegenheiten als Folge bezeichnet werden und im ordentlichen Geschäftsverkehr üblich sind, nicht öfter als zweimal im Jahre stattfinden.

! Nimm dir ein Postcheckkonto. Ende März 1925 waren unter den 800 000 Postcheckkonten nur rund 451 000 für gewerbliche Unternehmungen und Kaufleute, deren Zahl aber nach den amtlichen Feststellungen um ein Vielfaches höher ist.

! Jichus-Schönheitswirdigkeiten. Hans Stosch-Sarrasani bringt jede Woche neue Schönheitswirdigkeiten. Diesmal wartet er mit drei völlig neuen, klassischen Jichusaktien auf.

durch alle Welt gezogen ist. Was sie auf ihren beiden englischen Vollblütern zeigt, das ist blendender Stil. Außerdem hat Sarraani die drei besten Spähmacher Chamadonens, die Kieken, zu einem kurzen Gastspiel in Dresden verpflichtet.

Der Bund der Kinderreichen, Ortsgruppe Dresden, hält diese Woche folgende Sitzungen ab: Montag, den 11. Januar: Bezirk Altstadt-West, Monatsversammlung, Gemeindefaust, Jahrbücher, (1/2 8); Altstadt-Ost, Monatsversammlung, "Seneseder", Kaulbachstr. (1/2 8); Coito, Monatsversammlung, "Turnerheim" (1/2 8); Kadja, Monatsversammlung, "Mantelgeschichten" (7); Reuben, Monatsversammlung, "Goldener Anker" (1/2 8); Pleichen, Monatsversammlung, "Deutsches Haus", Großenhainer Str. (1/2 8); Strahlen, Monatsversammlung, "Gärtnerheim" (1/2 8); Reustadt-West, Hauptversammlung, Rekt. Kutter, Pflanzstr. (1/2 8); Striesen, Hauptversammlung, "Adlers Vereinshaus, Pläsewitz (1/2 8). Dienstag, 12. Januar: Obstau, Monatsversammlung, "Jugendheim" (1/2 8). Mittwoch, 13. Januar: Johannstadt, Monatsversammlung, "Volkswohl", Gütenbergstr. (1/2 8). Freitag, 15. Januar: Plauen, Hauptversammlung, "Pl. Lagerkeller" (8).

! Aus der Kriminalstatistik. Am Sonnabendmorgen wurde im Großen Garten der aus Berlin gebürtige, in der Eibauferne am Seidenplatz wohnhafte Beamte der sächsischen Landespolicie Kurt Reichel erschossen aufgefunden, der die Tat angeblich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten begangen hat.

! Zoologischer Garten. Das zurzeit interessanteste Schauspiel des Gartens ist zweifellos die Amelionsbärin, trägt sie doch ein bereits stattlich heranwachsendes Junges mit sich herum. Sie bietet dadurch ein Bild, das in den meisten Zoologischen Gärten unseres Vaterlandes noch nie gezeigt wurde.

Der Rosenkavalierfilm im Dresdner Opernhaus

Mit Franz Schubert machte man Geschichte. Seine Musik wurde im "Dreimännchenhaus" zur Operette verunglückt. Auch Tschaikowsky und andere mußten sich demselben Schicksal fügen lassen. Unsere Zeit ist nun einmal so. Man braucht Sensationen. Und „wo alles liegt, kann Karl allein nicht helfen.“

Der gütige Stern, der einst über der heiligen, erhobenen Kunst gestanden hat, langt an Platz zu werden. Er wartet auf eine Zeit, wo man auch wieder nach ihm schauen wird.

Und so wurde eine Oper zum Film. "Ich wünsche sehr, der Menge zu bezaubern, besonders weil sie lebt und leben läßt." Die Rosenkavalier des "Rosenkavaliers" sind vorüber. Es wurde bedenklich still um diese Oper. Und doch hat es einmal eine Zeit gegeben, wo diese Oper in aller Mund war.

im Film wieder zu neuem Leben bringen. Aber auch nur für eine Zeit. Dann wird ein anderer Film ihm die Krone entreißen.

Aber eine Frage? Sollte Richard Strauß das nötig? Ob wohl Richard Wagner zugestehen hätte, daß man seine „Meisterlerner“ verfilmen hätte, wenn es damals schon den Kientopp gegeben hätte? Der Film wird nie zur Geltung kommen.

Auf den Film selbst einzugehen, erübrigt sich. Es ist dieselbe Handlung wie in der Oper. Sie wird nur durch sämtliche Mittel des Films, wie durch das Schachschach, durch das Gesangsensemble, Straßenszenen im alten Wien, Postkarten-szenen, durch ein Packmaschinen und dergl. mehr zum echten Film gestempelt.

Eins ist aber sicher: Karl hätte doch bei seinem Hoffen verharren sollen! Otto Holstein.

Staatsoper. Mit "Othello" schloß gestern Abend die "Internationale" Woche in der Staatsoper, die am vorigen Sonntag mit "Aida" angefangen hatte.

dem Rücken der Mutter aufhält. Auch das junge Nisipferd wird nicht selten auf dem Rücken der Mütter beobachtet; hier liegen die Verhältnisse aber so, daß das Junge vom Toge der Geburt an selbständig im Wasser schwimmt und nur zu gelegentlichen Ausruhen das mütterliche "Nest" erklettert.

Leipzig

! Landesuniversität. Der ordentliche Professor an der Universität Würzburg Dr. Max v. Schönbach ist vom 1. April 1926 ab zum ordentlichen Professor der speziellen Pathologie und Therapie in der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

! Die Aufnahmeprüfungen für die unteren Klassen der städtischen höheren Schulen finden Mittwoch, den 20., und Freitag, den 22. Januar 1926 von vormittags 8 Uhr ab statt.

! Verkehrsunfälle. Ein vorübergehend in Leipzig wohnhafter Kaufmann ist in der Bertholdstraße von einem Personenkraftwagen überfahren und anscheinend schwer verletzt worden. Der Verunglückte soll bei dem Überfahren der Fahrgasse in den Kraftwagen hineingekauert sein.

Aus Sachsen

Der sächsische Landeshauptmann

Dresden, 9. Januar. Der Reichspräsident hat den Oberst v. Büch, Artillerieführer IV, in Dresden zum Landeshauptmann ernannt. Büch ist im Jahre 1888 beim 2. Feldart.-Regt. 88 eingetreten, wurde 1904 in das 2. Feldart.-Regt. 48 als Abteilungscommandeur versetzt.

Das Amt des Landeshauptmanns war bis zum Tode des General v. Müller mit dem des Wehrkreiscommandanten vereinigt gewesen. Nach dem Wechselsoll aber der Landeshauptmann möglichst Staatsangehöriger des betreffenden Landes sein und wird im Einvernehmen mit der Landesregierung vom Reichspräsidenten ernannt.

Personalveränderungen

Das Posttelegrafamt in Ministerium des Innern, das bisher Ministerialrat Dr. Kähler innehatte, ist, wie verlautet, nach der Bereinigung der Polizeibehörden mit den beiden anderen Abteilungen des Ministeriums noch nicht neu besetzt worden.

Der während des Reichswehrjahres suspendierte Oberkommissar Miersch, der dann als Regierungsrat ins Ministerium des Innern berufen wurde, ist an das Polizeipräsidium in Leipzig versetzt worden.

Italienische Oper (Madame Butterfly) vorspielen lassen mußte. Also "Othello". Und auch ein Gast. Cläre Vorn als "Desdemona". Wir haben noch Gelegenheit, die Künstlerin in "Ulradne" zu hören. Darum können wir uns auf wenige Worte beschränken. Cläre Vorn stellt eine vollkommenste Desdemona auf die Bühne. Auch aus der Stimme klingt Ansehnlichkeit, nicht immer ganz rein intoniert. Es sind nur barbarische Schmängelungen, aber diese intonieren dem Ohr am meisten. Die tiefe Lage ist ziemlich weit, dafür hat aber die Künstlerin sehr schöne Kapläne. Biswelen flackert auch die Tonsetzung. Aber der sinnvolle Klang selbst und ebenso die geschmackvolle Behandlung der einzelnen Regler. An Klangstärke ist der Sopran Cläre Vorn nicht allzu kräftig. Er genügt gerade noch, um unser Haus zu füllen. Fritz Buch leitete die Oper mit Temperament, ließ aber oftmals zu stark übertragen. Auch seitliche er im Anfang die Zeitmaße detarig, daß der Chor Miße hatte mitzukommen. Das Haus war beinahe schlecht besucht, umso härter war aber die Verfallst.

Dresdner Konzerte

Der dritte Kammermusikabend der Streicher-Bereinigung für Kammermusik (Kurt Striegler, Johannes Striegler, Erich Tadjowa, Georg Seifert, Arthur Jenker, 2. Cello: Rudolf Striegler) findet Donnerstag, den 14. Januar 1926, abends 7 1/2 Uhr im Vereinshaus, Ringendorfsstr. 17, statt. Zur Aufführung gelangt das Streichquartett G-Dur, Werk 20 von Hermann Suter (Erfassung in Dresden), das Streichquartett Nr. 6 von Luigi Boccherini, und das Quintett für Piano, 2 Violinen, Viola und Violoncello, Es-Dur op. 44 von Robert Schumann.

Donnerstag, 14. Januar, 1/2 8 Uhr im Vereinshaus 3. Konzert (1. Serie) der Streicher-Bereinigung für Kammermusik (Kurt Striegler, Johannes Striegler, Erich Tadjowa, Georg Seifert, Arthur Jenker, 2. Cello: Rudolf Striegler). Programm: Suter Streichquartett G-Dur, Boccherini Streichquartett Nr. 6, Schumann Klavierquintett. Karten bei F. Ries, Seestraße 21. - Freitag, 15. Januar, 1/2 8 Uhr im Vereinshaus spricht Dr. Ludwig Willner: Shakespeare, Goethe, Schiller, Andersen. Karten bei F. Ries, Seestraße 2. (Mitglieder des Volksverbandes der Bühnenfreunde Ermäßigung). Sonnabend, 16. Januar, 1/2 8 Uhr im kleinen Saal der Dresdner Kaufmannschaft hält Hans Erben einen Vortrag über "Moderne Stimmbildung", mit praktischen Demonstrationen der Behauptung und Verbesserung an Schülern. Am Freitag: Voller Leben und Wohlstand an Schülern. Am Sonntag, 17. Januar, 1/2 8 Uhr im Vereinshaus Studien und Tänge der Wigan-Schule. Aus dem Programm: Eine Gruppenstunde unter Leitung von Mary Wigan: Einzel- und Gruppenstücke. Musikalische Beilage: Will Ohne, Karten bei F. Ries, Seestraße 21.



